An die

[Name und Anschrift der Gemeinde bzw. Stadt]

**Behinderungsgerechte Einrichtung eines Arbeitsplatzes**

**hier: Anfrage bzgl. Kostenzusage der** [Name der Gemeinde bzw. Stadt]

**Anlagen**

Fachtechnisches Gutachten KVJS

Kostenzusage KVJS

[ggf. weitere Unterlagen]

Sehr geehrte Damen und Herren,

für eine Lehrkraft, [Name der Lehrkraft], die an der [Name der Schule] in [Ort der Schule] beschäftigt ist, ist im Rahmen der behindertengerechten Einrichtung des Arbeitsplatzes [Maßnahme] erforderlich.

Es wurde vorrangig nach dem T-O-P-Schema (**T**echnische Maßnahmen, **O**rganisatorische Maßnahmen und **P**ersönliche Maßnahmen) geprüft, ob sich alternative Maßnahmen an der Schule der Lehrkraft anbieten. Hierzu fand am [Datum] eine gemeinsame Besprechung mit [Teilnehmern] statt. Die räumlichen, organisatorischen und personellen Gegebenheiten in der Dienststelle, die der Lehrkraft das Arbeiten an ihrer Schule ohne Einschränkung ermöglichen können, wurden ausgeschöpft.

Eine Versetzung bzw. Abordnung der Lehrkraft an eine andere, behinderungsgerechte Schule wurde umfassend geprüft, konnte jedoch mangels uneingeschränkt behinderungsgerechter und in zumutbarer Entfernung befindlicher Dienststellen nicht umgesetzt werden.

Die Angebote der Firmen [Name der Firmen] über die erforderliche Maßnahme haben wir an den Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg (KVJS) weitergeleitet.

Zudem wurde beim KVJS neben einem fachtechnischen Gutachten, aus dem die Notwendigkeit und die Wirtschaftlichkeit der beabsichtigten Investition hervorgehen, eine Kostenzusage für die erforderliche Maßnahme eingeholt.

Aus dem vom KJVS erstellten fachtechnischen Gutachten vom [Datum] sind die behinderungsbedingt notwendigen Kosten in Höhe von [Betrag] Euro ersichtlich. Das Land kann sich nur an den behinderungsbedingt notwendigen Kosten beteiligen. Überdimensionierte Kosten, die nicht auf die behinderungsbedingte Notwendigkeit zurückgehen, können nicht übernommen werden.

Der KVJS hat mit Bescheid vom [Datum] eine Kostenzusage i. H. v. [Betrag] Euro zugesagt. Dies entspricht [Zahl] % der behinderungsbedingt notwendigen Kosten bzw. [Zahl] % der Gesamtkosten.

Das Kultusministerium ist bei der Zuweisung zur behindertengerechten Ausstattung und Ausrüstung von öffentlichen Schulen haushälterisch an folgende Vorgaben gebunden: Im Rahmen der verfügbaren Mittel sind in diesen Fällen grundsätzlich Ausgaben durch das Kultusministerium bis zur Höhe von einem Drittel der behinderungsbedingt notwendigen Aufwendungen je Einzelmaßnahme zulässig. Soweit Erstattungsleistungen des KVJS aus der Ausgleichsabgabe im Einzelfall dieses Drittel nicht erreichen, können Ausgaben bis zu 50 % der danach verbliebenen Restsumme der behinderungsbedingt notwendigen Kosten geleistet werden.

Zur Realisierung der behindertengerechten Einrichtung des Arbeitsplatzes der Lehrkraft hat uns das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg gebeten, den Schulträger zu ersuchen,

* eine Kostenzusage zur Höhe der finanziellen Beteiligung des Schulträgers bei der behindertengerechten Ausgestaltung des Arbeitsplatzes der Lehrkraft zu übersenden.

Gemäß den Ausführungen des Kultusministeriums können für die [Maßnahme] Ausgaben in Höhe von [Betrag Euro] durch das Land geleistet werden.

Damit verbliebe ein Kostenanteil von ebenfalls [Betrag Euro], der durch den Schulträger zu übernehmen wäre.

Nach Abschluss der Arbeiten ist der Schulträger als künftiger Eigentümer des [Maßnahme] für die Übernahme anfallender Wartungs- und Unterhaltungskosten zuständig.

Sollten Sie weitere Informationen oder Unterlagen benötigen, steht Ihnen der Unterzeichner jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen